

DER FRÜHWARNER

IM WANDEL DER ZEIT



• FRÜHER • HEUTE • MORGEN • VERFASSUNGSSCHUTZ • FRÜHER • HEUTE • MORGEN • VERFASSUNGSSCHUTZ •

ENTWICKLUNGSLINIEN DES EXTREMISMUS & TERRORISMUS
Ein Rückblick auf 75 Jahre
SEITE 2

KEIN RAUM FÜR ANTISEMITISMUS
SEITE 4

INTERVIEW MIT LFV-PRÄSIDENT BERND NEUMANN
SEITE 5

UNSIHTBARE ANGRIFFE
Wie der Verfassungsschutz vor Spionage, Sabotage und Desinformation schützt
SEITE 6

AM PULS DER ZEIT
Arbeiten beim LfV Hessen
SEITE 6

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das Jubiläum des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen macht uns stolz und zeigt, wie wichtig unsere Arbeit heute ist. Denn unsere Demokratie steht unter Druck: von innen durch extremistische Bestrebungen und von außen durch Spionage, Desinformation und hybride Bedrohungen.

Der Verfassungsschutz ist das Frühwarnsystem unserer wehrhaften Demokratie. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beobachten – zumeist im Verborgenen – die Demokratiefeinde in unserem Land, um Gefahren zu erkennen, bevor sie Schaden anrichten können. Die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim LfV leistet damit nicht weniger als einen unverzichtbaren Beitrag dafür, dass Hessen sicher und lebenswert bleibt.

Diese Jubiläumszeitung richtet sich bewusst nicht an Fachleute, sondern an Sie – die Bürgerinnen und Bürger. Wir möchten Ihnen Einblicke geben, erklären, wie wir arbeiten, und zeigen: das LfV Hessen ist Partner der demokratischen Gesellschaft.

Ich lade Sie ein, auf den kommenden Seiten mehr über uns, unsere Geschichte und unsere Verantwortung zu erfahren.

Bernd Neumann

Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen



Liebe Leserinnen und Leser,

das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen wird in diesem Jahr 75 Jahre alt – ein besonderer Anlass, einer unverzichtbaren Institution zu gratulieren.

Von den Anfängen im Jahr 1951 hat sich das Amt zu einer modernen, inhaltlich über breite Expertise verfügenden Sicherheitsbehörde mit 360-Grad-Blick entwickelt. Heute ist die Arbeit des LfV Hessen angesichts der Vielzahl extremistischer Gefahren für unsere Demokratie und Sicherheit wichtiger denn je.

Der Verfassungsschutz beobachtet als Frühwarnsystem für unsere Demokratie Bestrebungen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten, analysiert ihre Entwicklung und informiert gezielt andere Sicherheitsbehörden, Politik und Öffentlichkeit. Dem LfV ist es dabei über die Jahre immer wieder beachtlich gelungen, sich auf neue Herausforderungen und Gefahren einzustellen. Einen umfangreichen Einblick der Leistungsfähigkeit zeichnet in jedem Jahr der Verfassungsschutzbericht für Hessen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat sich in seiner Geschichte immer wieder weiterentwickelt. So wurde das LfV zum Beispiel nach Bekanntwerden der Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds grundlegend neu ausgerichtet. Auch mit Blick auf die schrecklichen Terroranschläge und die zunehmende Bedrohung durch Extremisten hat sich das LfV stets reflektiert und seine Arbeit, wenn nötig, angepasst.

In den vergangenen Jahren wurde das LfV finanziell und personell gestärkt. Auch verfügt es dank eines modernen Rechtsrahmens über die Befugnisse, die es angesichts der Bedrohungslage für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung im digitalen Zeitalter braucht.

Damit ist der Verfassungsschutz heute, 75 Jahre nach seiner Gründung, besser aufgestellt, transparenter, vernetzter und näher an der Gesellschaft als je zuvor. Die enge Zusammenarbeit im Verfassungsschutzverbund von Bund und Ländern trägt zum Schutz unserer Demokratie genauso bei wie der Informationsaustausch mit der Polizei, der Justiz oder unseren 421 Kommunen.

Die Arbeit eines Nachrichtendienstes findet auch heute noch überwiegend im Verborgenen statt. Erfolge des LfV finden selten den Weg in die Schlagzeilen. Dabei verlangt die Arbeit als Hüter der Demokratie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zum Beispiel Fachwissen, höchste Sorgfalt und Flexibilität erfordert, einen großen Einsatz ab.

Für ihr Engagement für Demokratie und Sicherheit danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LfV von Herzen und gratuliere herzlich zum 75-jährigen Jubiläum einer unersetzlichen Säule unserer Sicherheitsarchitektur.

Roman Poseck

Hessischer Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz



LANDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ HESSEN

Demokratie braucht Schutz – das ist unsere Aufgabe

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen ist der Inlandsnachrichtendienst des Landes Hessen. Es wurde am 19. Juli 1951 gegründet – vor 75 Jahren – als Teil einer neuen, demokratisch verankerten Sicherheitsarchitektur in der Bundesrepublik.

Nach den Erfahrungen mit der NS-Diktatur war klar: Die neue Demokratie sollte nicht wehrlos gegenüber ihren Feinden sein. Deshalb erlaubt das Grundgesetz den Bundesländern, eigene Verfassungsschutzbehörden einzurichten – mit einem klaren Auftrag:

Konkret bedeutet das:

- Informationen sammeln
- Entwicklungen analysieren
- Lagebilder erstellen

und zuständige Stellen – etwa Polizei, Parlament, Regierung oder Öffentlichkeit – frühzeitig unterrichten.

Was unterscheidet den Verfassungsschutz von der Polizei?

Der Unterschied ist grundlegend und im sogenannten Trennungsgebot verankert: Die Polizei ist exekutiv tätig, sie verfolgt Straftaten, greift ein und wehrt Gefahren ab. Das LfV Hessen beobachtet, bewertet und warnt im Vorfeld – unabhängig von dem Vorliegen einer Straftat oder einer konkreten Gefahrenlage. Es ist damit das Frühwarnsystem der Demokratie!

Verdeckt, aber gesetzlich geregelt

Einen Großteil der zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Informationen gewinnt das LfV Hessen aus allgemein zugänglichen Quellen (zum Beispiel Publikationen oder Internetinhalte).

Das LfV Hessen darf in bestimmten Fällen auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzen. Hierzu zählen zum Beispiel Observationsmaßnahmen und Vertrauenspersonen. Diese Maßnahmen sind im Hessischen Verfassungsschutzgesetz (HVSG) geregelt und unterliegen strengen rechtlichen Voraussetzungen.

Ein Amt mit vielen Aufgaben

Zu den Aufgaben des LfV Hessen gehören die Beobachtung extremistischer Phänomenebereiche (Rechtsextremismus, Islamismus, Linksextremismus, Extremismus mit Auslandsbezug, Reichsbürger und Selbstverwalter), Spionageabwehr & Geheimschutz, Prävention und Aufklärung. Heute arbeiten mehr als 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LfV Hessen – mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und Qualifikationen. Sie alle haben eines gemeinsam: Sie leisten täglich einen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie!

„Nachrichtendienstliche Mittel“ sind besondere Methoden, mit denen der Verfassungsschutz Informationen verdeckt gewinnen kann. Dazu zählen zum Beispiel Observations, der Einsatz von Vertrauenspersonen oder verdeckte Recherchen im Internet. Auch technische Maßnahmen wie das Abhören von Telefonen sind unter strengen gesetzlichen Voraussetzungen und mit klarer parlamentarischer Kontrolle möglich.



Das Trennungsgebot legt fest: Polizei und Nachrichtendienste haben verschiedene Aufgaben und diese dürfen nicht vermischt werden. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen und wertet sie aus, die Polizei ermittelt und schreitet ein. Zusammenarbeit ist erlaubt, aber nur mit klaren Grenzen. So wird verhindert, dass eine Behörde zu viel Macht erhält.



ENTWICKLUNGSLINIEN DES EXTREMISMUS & TERRORISMUS

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Augen immer für alle Extremismusphänomene offen: Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus, auslandsbezogenen Extremismus, bis hin zu Reichsbürgern und Selbstverwaltern und der immer bedeutsamer werdenden Spionageabwehr. Und dennoch gab es in der 75-jährigen Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz wechselnde Schwerpunktthemen, hervorragende Herausforderungen. Eine kurze Skizze.

Ein Rückblick
auf 75 Jahre

Die frühen Jahre: Extremismus von rechts und links – und Spionage im Kalten Krieg

Als das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 1951 seine Arbeit aufnahm, prägten vor allem die Nachwirkungen des Nationalsozialismus und der Ost-West-Konflikt die Lage.

1952 wurde die rechtsextremistische Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten – ein Signal gegen den fortwirkenden Nationalsozialismus. 1956 folgte das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Es war ein frühes Zeichen der wehrhaften Demokratie gegenüber der kommunistischen Bedrohung aus dem Osten.

Gleichzeitig wurde die Spionageabwehr zum zentralen Arbeitsfeld. Im Kalten Krieg versuchten fremde Nachrichtendienste, staatliche Institutionen wie Bundeswehr, Polizei und Verwaltung auszuspähen. Der Verfassungsschutz war die erste Abwehrlinie gegen diese verdeckten Angriffe.

Linksextremistischer Terror: Die Jahre der RAF

Ab den 70er-Jahren verschob sich der Fokus auf den linksextremen Terrorismus. Die Rote Armee Fraktion (RAF) verübte gezielte Anschläge auf Vertreter von Staat und Wirtschaft. Auch Hessen war betroffen: 1981 wurde Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry erschossen. Der Bankier Jürgen Ponto (1977) und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen (1989), wurden ebenfalls Opfer der RAF. Daneben verübte die RAF in Hessen auch noch Anschläge, etwa auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt und Einrichtungen der US-Armee.

Die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ und des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer (beides 1977), der von den Terroristen letzten Endes ermordet wurde, markierten den Höhepunkt der Eskalation. Die RAF ermordete 34 Menschen und verletzte zahlreiche weitere. Doch der Rechtsstaat blieb standhaft und konnte letztlich auch diese Bedrohung bewältigen.



3 FRAGEN ZUM ISLAMISMUS

Was versteht man unter Islamismus – und wie unterscheidet er sich vom Islam?

Der Islamismus ist eine extremistische Ideologie, deren Ziel es ist, die bestehende Gesellschaftsordnung und das Rechtssystem vollständig nach islamistischen Vorstellungen zu verändern. Islamisten wollen unsere freiheitliche Demokratie abschaffen und durch ein totalitäres System ersetzen, das sie ausschließlich aus ihrer Interpretation des Islams ableiten. Das politische System einer demokratisch-legitimierten Volksvertretung würde somit durch eine totalitär agierende Theokratie ersetzt. Rechtsstaatlichkeit und unveräußerliche Menschen- und Bürgerrechte würden abgeschafft. Das widerspricht klar den Grundwerten unseres Zusammenlebens und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Unterscheidung zwischen Islamismus und Islam ist uns daher besonders wichtig. Der Islam ist eine Religion, die zum Leben vieler Menschen in Hessen gehört und ist – wie alle anderen Religionen in Deutschland auch – durch das Grundrecht auf Religionsfreiheit geschützt.

Wo begegnet uns islamistische Radikalisierung im Alltag – und wie verläuft sie?

Islamistische Radikalisierung vollzieht sich oft unbemerkt und zunehmend online. Über soziale Medien, Messenger-Gruppen oder Videoplattformen werden vor allem junge

Menschen mit scheinbar harmlosen Inhalten angesprochen. Dabei geht es häufig um die Beantwortung allgemeiner Fragen zur Religion, aber zum Beispiel auch um grundsätzliche Themen wie Diskriminierung, Identität oder den Nahostkonflikt.

„Islamismus ist der Missbrauch der Religion Islam für politische Zwecke.“

Erst in einem zweiten Schritt folgt dann die ideologische Einflussnahme: Ausgrenzung wird verstärkt, die Gesellschaft wird als „feindlich“ dargestellt, teilweise sogar Gewalt für gerechtfertigt erklärt. In einigen Fällen führt das zu einer kompletten Abkehr von demokratischen Werten und unter Umständen sogar bis zur Gewaltbereitschaft.

Warum ist es so schwer, islamistische Radikalisierung zu erkennen?

Weil sie oft schleichend verläuft. Was mit dem Rückzug ins Private oder dem Konsum islamistischer Inhalte beginnt, kann sich über Online-Propaganda oder geschlossene Gruppen zu einer kompletten Abkehr von unserer Gesellschaft entwickeln. Für Außenstehende – Eltern, Freunde, Lehrkräfte – ist das mitunter schwer zu erkennen. Und gerade darin liegt die Gefahr: Radikalisierung wird zunächst nicht als solche erkannt. Je weiter der Prozess fortgeschritten ist, desto schwieriger wird die Deradikalisierungsarbeit.



3 FRAGEN ZUM LINKSEXTREMISMUS

Während der Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte stand, schien der Linksextremismus weniger präsent. Warum ist es wichtig, dass das LfV Hessen sich auch mit diesem Phänomenbereich beschäftigt?

Weil auch der Linksextremismus unsere demokratische Grundordnung ablehnt – wenn auch aus einer ganz anderen Richtung. Linksextremisten richten sich gegen den Staat, gegen seine Institutionen und gegen alles, was sie als „kapitalistisches System“ betrachten.

Ihr Ziel ist nicht Reform, sondern Umsturz – durch eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Dabei wird der Staat als repressiv empfunden, Polizei und Sicherheitsbehörden gelten als Feindbild.

Wie äußert sich linksextremistisches Verhalten konkret?

Es gibt unterschiedliche Strömungen: autonome Gruppen, sogenannte Antifa-Zusammenhänge, antiimperialistische Kreise, Anarchisten – alle mit eigenen Schwerpunkten.

In der Praxis äußert sich Linksextremismus auch in gewalttätigen Aktionen, etwa bei Protesten gegen wahrgenommene gesellschaftliche

Missstände oder angebliche beziehungsweise tatsächliche rechtsextremistische Personen oder Veranstaltungen.

„Demokratiefeinde tragen nicht nur
Springerstiefel – manchmal kommen sie
auch im schwarzen Kapuzenpulli.“

Dazu gehören Brandanschläge auf Fahrzeuge, Sachbeschädigungen oder körperliche Angriffe auf politische Gegner. Besonders brisant: die zunehmende Vernetzung überregional und online, wo Gewalt als legitimes Mittel dargestellt wird.

Was unternimmt das LfV Hessen in diesem Bereich?

Wir analysieren Entwicklungen, Radikalisierungsmuster und Gewaltstrategien. Unser Ziel ist es, frühzeitig zu erkennen, wenn legitimer Protest von Extremisten instrumentalisiert wird. So schaffen wir die Grundlage dafür, dass Politik, Polizei und Gesellschaft rechtzeitig reagieren können. Klar ist: Linksextremismus wird oft verharmlost. Doch Demokratiefeindlichkeit bleibt gefährlich, egal aus welcher Richtung sie kommt.

Islamistischer Terror: Neue Täter, neue Tatmittel

Der 11. September 2001 war eine weltweite politische Zäsur und auch ein Wendepunkt für die Arbeit des Verfassungsschutzes. Der islamistische Terrorismus rückte in den Fokus. Während die Attentate damals minutiös geplant waren, geht die Gefahr heute oft von Einzeltätern mit einfachen Mitteln aus: Messer, Fahrzeuge – schnell, brutal, kaum vor-

hersehbar. Radikalisierung verlagert sich zunehmend ins Netz. Propaganda wirkt heute über Plattformen, die gezielt auf junge Menschen zugeschnitten sind – das ist eine große Herausforderung für Sicherheitsbehörden weltweit.



Warum gibt's das Format „3 Fragen“?

In diesen kurzen Interviews kommen Kolleginnen und Kollegen aus der Präventionsabteilung des LfV Hessen zu Wort. Sie sind sozusagen unsere Schnittstelle zur Öffentlichkeit. Sie sammeln Wissen aus allen Fachabteilungen und bereiten es so auf, dass es verständlich und alltags-tauglich wird. Die Prävention hat damit eine echte Mittler-Rolle: Sie erklärt, was hinter komplexen Themen steckt, räumt mit Missverständnissen auf und zeigt, worauf es im Umgang mit extremistischen oder sicherheits-relevanten Entwicklungen ankommt.

INFO
BOX

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Fundament unseres Staates. Im Kern bedeutet sie: Die Würde jedes Menschen ist unantastbar, die Macht geht vom Volk aus, und staatliches Handeln ist an Recht und Gesetz gebunden. Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat – diese drei Säulen tragen unsere Demokratie.

INFO BOX



Rechtsextremismus: Von der NPD zu den Neonazis

Schon in den 60er-Jahren war die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in mehrere Landesparlamente eingezogen – 1966 auch in den Hessischen Landtag. Sie galt als Bindeglied zwischen Altnazis und neuen rechtsextremen Kräften. In den 90er-Jahren erschütterten rechtsextreme Brandanschläge auf Asylbewerberheime die Republik. Der Hass war von organisierten Neonazigruppen – oft mit rassistischer Motivation – in die Fläche getragen worden. Der Rechtsextremismus und -terrorismus bleiben bis heute eine der größten Bedrohungen für unsere Demokratie: die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) (2000–2007), der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke (2019), der Anschlag auf die Synagoge in Halle (2019) und der rassistische Anschlag in Hanau (2020) belegen dies.

3 FRAGEN ZUR „NEUEN RECHTEN“

Immer wieder ist die Rede von der „Neuen Rechten“. Was muss man sich darunter vorstellen?

Die sogenannte „Neue Rechte“ ist kein klassisches rechtsextremistisches Milieu mit Parteistrukturen, Uniformen oder Gewaltbereitschaft, sondern ein intellektuell auftretendes Netzwerk aus Publizisten, Bloggern und Meinungsmachern. Es handelt sich um lose verbundene Akteure, die gezielt an gesellschaftliche Debatten andocken – etwa zur Migration oder zur Meinungsfreiheit – und diese in eine antidemokratische Richtung umdeuten.

„Die ‚Neue Rechte‘ ist keine Partei, sondern ein Denkangebot mit demokratie-feindlichem Kern.“

Ihr Ziel ist es, die Grundprinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Frage zu stellen, ohne sie dabei offen abzulehnen. Stattdessen wird ein autoritäres Gesellschaftsmodell propagiert, das unter Schlagwörtern wie „Volkswille“ oder „Remigration“ Anschlussfähigkeit in die Mitte der Gesellschaft sucht. Diese Strategie wird auch als „Kampf um die Köpfe“ bezeichnet.

Was macht die „Neue Rechte“ so gefährlich – auch im Vergleich zu anderen rechtsextremistischen Strömungen?

Die „Neue Rechte“ gibt sich bewusst bürgerlich, sprachlich gewandt und äußerlich unauffällig. Gerade dadurch ist sie oft schwer als extremistisch zu erkennen. Und genau das macht sie so gefährlich.

Während klassische Neonazis mit Symbolik und Gewalt auftreten und an den historischen Nationalsozialismus anknüpfen, nutzt die „Neue Rechte“ Diskurse und Narrative, um Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen. Sie versucht unter anderem über Social Media, gezielt junge Menschen zu erreichen und ihre Sichtweisen zu normalisieren.

Zugleich werden Verschwörungserzählungen gestreut. Ein Beispiel ist die Behauptung, es gebe eine geheime Strategie zur „Umvolkung“ der deutschen Bevölkerung. Damit wird gezielt Misstrauen gegen demokratische Institutionen gesät.

Wie können sich Bürgerinnen und Bürger davor schützen?

Das Wichtigste ist, kritisch zu bleiben und Informationen zu hinterfragen. Wer etwas im Netz liest oder zugesendet bekommt, sollte sich fragen: Woher kommt die Information? Ist sie belegt? Ist die Quelle vertrauenswürdig?

Gleichzeitig ist es wichtig, nicht alles zu teilen, was Empörung erzeugt, sondern genau hinzusehen, ob hinter einer vermeintlich harmlosen Meinung möglicherweise antidemokratische Ideologien stecken.

Auch Lehrkräfte, Eltern und Vereinsverantwortliche sollten sensibilisiert sein. Wir als Verfassungsschutz bieten dazu Präventionsveranstaltungen, Informationsmaterial und Beratung an – damit niemand allein dasteht, wenn extremistische Inhalte im Alltag auftauchen.

Der Begriff „Remigration“ wird unterschiedlich verwendet. Grundsätzlich kann er auch die freiwillige Rückkehr von Menschen in ihr Herkunftsland bezeichnen.

Rechtsextremistische Akteure verstehen darunter jedoch häufig die zwangsweise Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund – unabhängig davon, ob diese die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder ein Aufenthaltsrecht haben.

Ein solches Verständnis widerspricht dem Grundgesetz und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

INFO BOX

Spionage 2.0: Alte Gegner, neue Mittel

Spionage ist zurück – nur anders. Die Blocklogik des Kalten Kriegs ist Vergangenheit, doch autoritäre Staaten wie Russland oder China setzen heute neben altbekannten Spionagetekniken auf neue Taktiken: Cyberangriffe, Cyberspionage, Wirtschaftsspionage, Desinformationskampagnen, Sabotageversuche an kritischer Infrastruktur.

Die Werkzeuge sind hochtechnisiert, die Ziele oft subtil. Das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet diese hybriden Bedrohungen genau und warnt gezielt Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

3 FRAGEN ZU REICHSBÜRGERN UND SELBSTVERWALTERN

Wer oder was sind eigentlich Reichsbürger und Selbstverwalter?

Beide Gruppen eint die grundsätzliche Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch die Ablehnung unserer Verfassung, unserer Institutionen und unserer Gesetze.

Reichsbürger behaupten häufig, das Deutsche Reich existiere fort, und sehen sich selbst nicht als Bürger der Bundesrepublik. Selbstverwalter sind der Meinung, aus der BRD austreten und zum Beispiel ihren eigenen Staat gründen zu können. Beide Gruppen weigern sich, staatliche Autorität anzuerkennen – vom kommunalen Bediensteten bis zum Gerichtsvollzieher. Dabei greifen sie auf verschiedenste Argumentationsmuster zurück. Diese enthalten Falschbehauptungen bis hin zu geschichts- und gebietsrevisionistischen Aussagen oder auch Verschwörungserzählungen.

Am Ende wollen Reichsbürger wie Selbstverwalter eines: Sich dem demokratischen Rechtsstaat entziehen.

Das sind also nicht einfach nur harmlose Querulanten?

Nein, denn Reichsbürger und Selbstverwalter handeln aus der Überzeugung, im Recht zu sein. Im schlimmsten Fall fühlen sie sich zu einer Art „Notwehr“ gegen Staatsbedienstete berechtigt oder sogar gezwungen. Dann treten sie aggressiv und gewaltbereit auf. Immer wieder kommt es zu Bedrohungen, Waffenfunden oder tätlichen Angriffen.

Ein besonders drastisches Beispiel war der geplante Staatsstreich einer Reichsbürger-Gruppierung um Heinrich XIII. Prinz Reuß im Jahr 2022, bei dem auch ehemalige Soldaten und Polizisten beteiligt waren. Das LfV Hessen war an der Aufdeckung dieser Pläne maßgeblich beteiligt.

„Reichsbürger lehnen unseren Staat fundamental ab und sind der Meinung, dass unsere Gesetze für sie nicht gelten.“

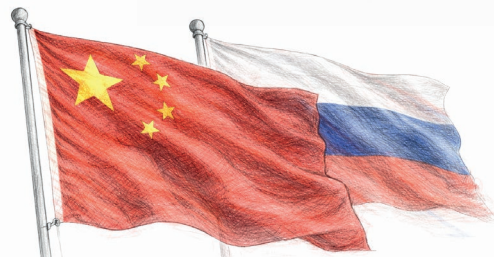
Das zeigt: Es geht nicht nur um krude Thesen, sondern um reale Gefahren für Staat, Gesellschaft und Einzelpersonen. Auch Justiz, Polizei, Kommunen und Journalisten sind häufig Ziel ihrer Ablehnung.

Wie reagiert das LfV Hessen auf diese Entwicklungen?

Wir beobachten die Szene sehr genau: personell, organisatorisch und in ihrer Ideologie. Besonders aufmerksam sind wir bei Personen, die Zugang zu Waffen haben oder über ein Netzwerk potenziell Gleichgesinnter verfügen.

Gleichzeitig leisten wir Aufklärungsarbeit für Kommunen, Behörden, Schulen und auch Bürgerinnen und Bürger. Denn oft sind es gerade Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, Lehrkräfte oder Nachbarn, die zuerst mit diesen Personen konfrontiert werden – etwa durch Fantasiausweise, szenetypische wirre Schreiben oder aggressive Ablehnung behördlicher Entscheidungen.

Unser Ziel ist: Frühwarnung zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



Fazit: Wandel ist die Konstante

Die Formen von Extremismus und Terrorismus haben sich in den vergangenen 75 Jahren immer wieder verändert – das Ziel blieb gleich: unsere freiheitliche Demokratie zu destabilisieren.

Der Verfassungsschutz hat gelernt, mit diesen Wandlungen umzugehen – und wird auch künftig dort wachsam sein, wo neue Gefahren entstehen.

KEIN RAUM FÜR ANTISEMITISMUS



Was ist Antisemitismus?

Antisemitismus ist mehr als bloßer Hass. Er ist eine Weltanschauung, die sich in Vorurteilen, Verschwörungserzählungen und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden ausdrückt.

Die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) definiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. [...] Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“

Diese Definition bildet heute auch die Grundlage für die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen.

Wie zeigt sich Antisemitismus?

Antisemitismus tritt in vielen Formen auf – zum Teil offen, häufig aber auch versteckt oder codiert. Man unterscheidet verschiedene Erscheinungsformen, die jedoch in der Praxis oft miteinander verbunden sind.

Einige Beispiele:

- Religiöser Antisemitismus: richtet sich gegen das Judentum als Religion – häufig mit jahrhundertalten Vorurteilen.
- Rassistischer Antisemitismus: unterstellt eine angeblich minderwertige „jüdische Rasse“ und konstruiert daraus biologistisch begründete Feindbilder.
- Sozialer Antisemitismus: liegt vor, wenn Jüdinnen und Juden wegen ihrer angeblich privilegierten sozialen Stellung diskriminiert werden.
- Politischer Antisemitismus: beschreibt eine angebliche jüdische Weltverschwörung – insbesondere in Krisenzeiten.
- Sekundärer Antisemitismus: hat sich nach 1945 entwickelt, etwa in Form von Schuldabwehr, Verharmlosung oder Relativierung der Schoah.
- Israelbezogener Antisemitismus: hier werden antisemitische Narrative in einer Art „Umwegkommunikation“ von Juden auf den Staat Israel übertragen.

Der israelbezogene Antisemitismus ist aktuell die häufigste Erscheinungsform – und oft schwer zu erkennen, weil sie sich hinter scheinbar politischer Kritik verbirgt.

Der „3D-Test“ ist eine einfache Hilfestellung, um problematische Aussagen in Bezug auf Israel zu identifizieren. Die drei D stehen für Delegitimierung (Israels Existenzrecht absprechen), Dämonisierung (Israel/Juden als „das Böse“ zeichnen, zum Beispiel durch NS-Vergleiche) und Doppelstandards (mit zweierlei Maß messen). Der Ansatz soll legitime Kritik schützen und antisemitische Muster benennen – ein Warnsignal, kein Maulkorb.



Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023

Am 7. Oktober 2023 verübte die islamistische Terrororganisation Hamas einen beispiellosen Überfall auf Israel – der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Schoah.

In der Folge kam es nicht nur im Nahen Osten zu Eskalationen, sondern auch in Deutschland:

Schon am Tag des Angriffs wurden auf deutschen Straßen Solidaritätsbekundungen mit der Hamas laut – auch in Hessen. Viele dieser Proteste waren durchsetzt mit antisemitischen Parolen, Stereotypen und Verschwörungserzählungen. Die Meldestelle RIAS Hessen verzeichnete seither einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle. Die Zahl bleibt auf anhaltend hohem Niveau. Hinzu kommt eine enorme Emotionalisierung des Nahostkonflikts, die extremistische Lager – von Islamisten bis hin zu Linksextremisten – gleichermaßen mobilisiert.

Haltung zeigen – Verantwortung übernehmen

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen. Bereits 2016 wurde im LfV Hessen die bundesweit einzigartige „Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ (PAAF) eingerichtet, die sich analytisch mit dem Antisemitismus auseinandersetzt. Mit dem Slogan „Kein Raum für Antisemitismus“ positioniert sich das LfV Hessen klar: Gegen Judenhass, gegen Extremismus – und für eine wachsame demokratische Gesellschaft.

Warum wir alle gefordert sind

Denn Antisemitismus ist kein Randphänomen. Erzieht sich – offen oder versteckt – durch alle extremistischen Ideologien und zeigt sich auch immer wieder in nicht-extremistischen Teilen der Gesellschaft. Ihn zu erkennen und zu bekämpfen ist eine gemeinsame Aufgabe. Für Behörden. Für Bildungseinrichtungen. Für jeden Einzelnen von uns.

3 FRAGEN ZUM ANTISEMITISMUS

Warum beschäftigt sich das Landesamt für Verfassungsschutz mit Antisemitismus?

Antisemitismus ist keine Meinung, sondern ein Angriff auf unsere Demokratie. Er ist oft ein fester Bestandteil extremistischer Ideologien – sei es im Rechtsextremismus, Islamismus, in Teilen des Linksextremismus oder bei sogenannten Reichsbürgern. Wir sprechen auch von einem Brückennarrativ, das Verbindungen zwischen verschiedenen Extremismusbereichen ermöglicht.

„Antisemitismus kommt selten mit dem Schild ‚Ich bin gefährlich‘ – deshalb muss man ihn erkennen lernen.“

Deshalb beobachten wir als Verfassungsschutz antisemitische Tendenzen sehr genau: nicht nur dann, wenn sie offen und laut daherkommen, sondern auch, wenn sie versteckt oder codiert auftreten.

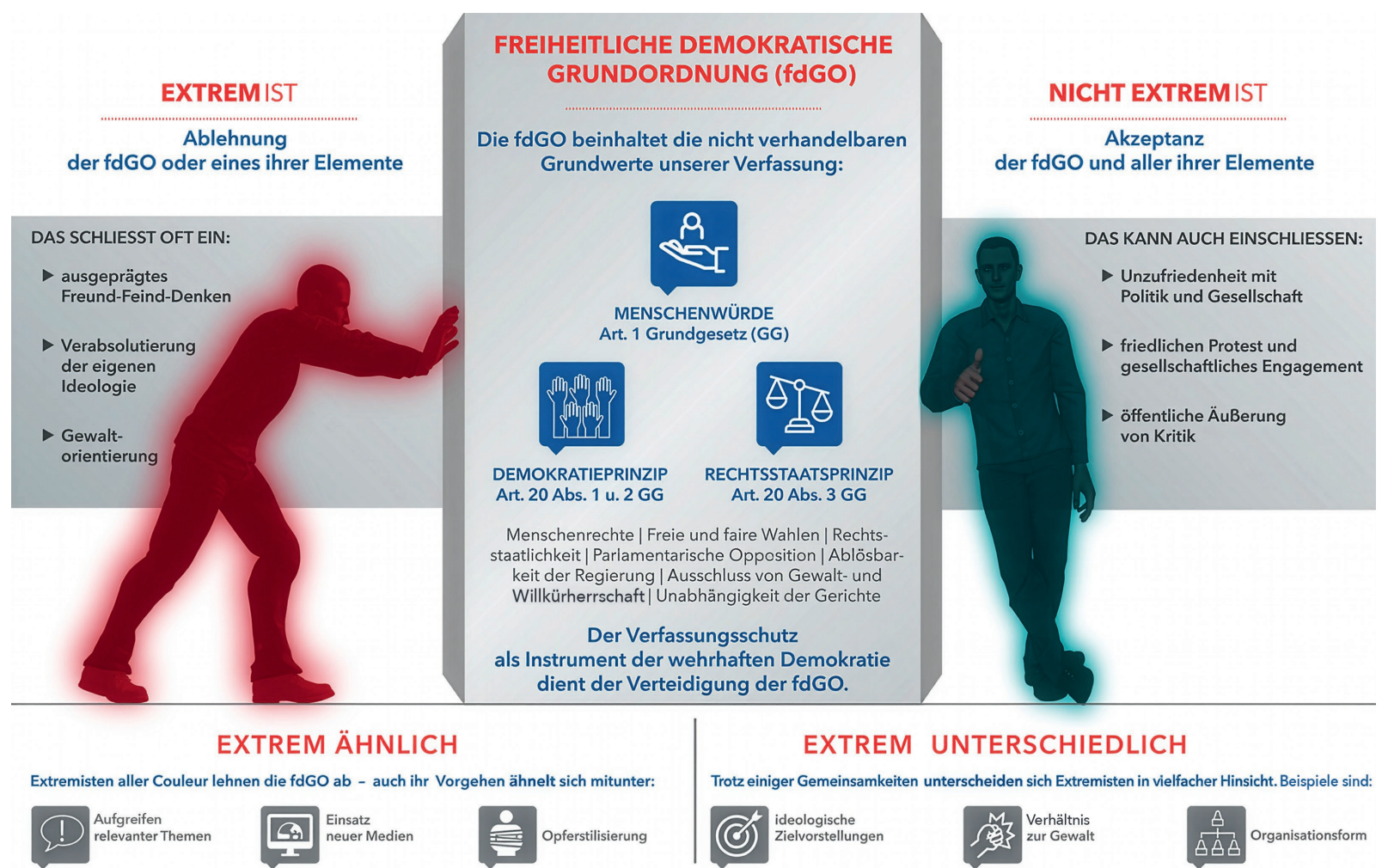
Welche Formen von Antisemitismus gibt es?

Es gibt viele Formen – und sie überschneiden sich oft. Besonders präsent ist aktuell der israelbezogene Antisemitismus. Dabei wird der Staat Israel mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen, delegitimiert oder mit doppelten Standards bewertet – oft unter dem Deckmantel vermeintlicher Israelkritik.

Es ist wichtig, diese Formen zu benennen, um sie als das zu erkennen, was sie sind: Judenfeindlichkeit in verschiedenen Gewändern.

Wie hat sich die Lage seit dem 7. Oktober 2023 verändert?

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel war ein Schock – nicht nur für Israel, sondern auch für viele Menschen in Deutschland. Umso alarmierender war es, wie schnell und offen antisemitische Reaktionen auf den Straßen folgten: Verherrlichung des Terrors, Hassparolen, Drohungen gegen jüdische Einrichtungen. In den Wochen danach kam es bundesweit – auch in Hessen – zu zahlreichen pro-palästinensischen Demonstrationen, auf denen neben legitimen politischen Meinungsäußerungen auch offen antisemitische Parolen und Symbole zu sehen waren. Diese Proteste zeigten, wie stark sich israelbezogener Antisemitismus derzeit in die öffentliche Debatte mischt und teilweise von extremistischen Akteuren instrumentalisiert wird. Seitdem beobachten wir ein anhaltend hohes Niveau antisemitischer Vorfälle, auch in Hessen. Der israelbezogene Antisemitismus ist zur dominierenden Erscheinungsform geworden. Das Besorgniserregende: Diese Haltung kommt nicht nur aus extremistischen Szenen, sondern ist teilweise anschlussfähig bis in die gesellschaftliche Mitte. Das macht Aufklärung und Prävention umso wichtiger.



KEIN RAUM FÜR EXTREMISMUS

Interview mit Bernd Neumann, dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen



75 Jahre Verfassungsschutz in Hessen – ein Jubiläum, das nicht nur Anlass zum Rückblick, sondern auch zum Nachdenken bietet. Im Interview spricht Präsident Bernd Neumann über Verantwortung, Wandel, Kritik – und darüber, was das Amt aus seiner Sicht heute ausmacht.

Herr Präsident, das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Was bedeutet dieses Jubiläum für Sie und Ihre Behörde?

Das 75-jährige Bestehen des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen ist für uns alle ein ganz besonderer Moment. Es ist ein Anlass, stolz auf das Geleistete zurückzublicken, aber auch mit wachem Blick nach vorne zu schauen. Unsere Behörde wurde 1951 im Bewusstsein der Schrecken und der Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus gegründet. Seitdem ist es unser Auftrag, die Demokratie zu schützen. Dieser Auftrag hat nicht an Bedeutung verloren – im Gegenteil, er ist angesichts der heutigen Herausforderungen wichtiger denn je. Dieses Jubiläum erinnert uns an die Verantwortung, die wir tragen, und daran, wie wichtig es ist, Vertrauen in unsere Arbeit zu schaffen.

Seit einiger Zeit hat sich Ihre Behörde den Leitsatz „Kein Raum für Extremismus“ gegeben. Was bedeutet dieser für Sie?

Für mich bringt dieser Satz unser Selbstverständnis auf den Punkt. Wir wollen Extremismus in all seinen Formen keinen Raum lassen – weder im analogen noch im digitalen Raum, weder in unserem Alltag noch in der öffentlichen Wahrnehmung. „Kein Raum für Extremismus“ bedeutet deshalb auch, dass wir den Dialog mit den Menschen suchen. Dass wir zuhören, aufklären und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft für unsere Werte eintreten. Es ist auch ein Appell an jeden Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen.

Und dieser Leitsatz gilt ausdrücklich auch für Antisemitismus. Dieser ist eine der ältesten und gefährlichsten Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – und er bedroht die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens. Deshalb gilt für uns ebenso klar: Kein Raum für Antisemitismus.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark verändert. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Das stimmt, die Aufgaben und Herausforderungen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gewandelt. Schon in den Anfangsjahren standen vor allem Bedrohungen durch politischen Extremismus im Fokus, etwa durch rechtsextremistische und linksextremistische Gruppen. Heute haben wir es zusätzlich mit islamistischem Terrorismus, Cyberangriffen und hybriden Bedrohungen zu tun – also mit komplexen, oft schwer fassbaren Phänomenen. Die Geschwindigkeit, mit der sich neue Herausforderungen entwickeln, ist enorm. Für uns bedeutet das: Wir müssen uns ständig weiterentwickeln, flexibel bleiben und vorausschauend handeln. Nur so können wir auch künftig zur Sicherheit in Hessen beitragen.

Die Sicherheitslage in Hessen und Deutschland ist derzeit stark im Wandel. Welche Entwicklungen beobachten Sie besonders aufmerksam?

Wir sehen, dass sich der Extremismus stärker und schneller als jemals zuvor ausdifferenziert. Das sind für das Landesamt neue Herausforderungen. Im Rechtsextremismus beobachten wir eine zuneh-

mende Anschlussfähigkeit rechtsextremere Ideologien – auch bei jungen Menschen. Besorgniserregend ist, dass rechtsextremistische Vorfälle sogar an Schulen immer häufiger werden. Dazu gehört auch ein verstärktes Auftreten mit szenetypischer Kleidung und Symbolen, was eine neue Selbstsicherheit in der Szene dokumentiert.

Im Linksextremismus stellen wir eine wachsende Gewaltbereitschaft fest – vor allem in Szenen, die sich militant gegen politische Gegner oder gegen den Staat und seine Einrichtungen richten.

Internationale Konflikte, etwa im Nahen Osten oder in der Türkei, werden verstärkt in die hessische und deutsche linksextremistische Szene getragen. Die bundesweite und internationale Vernetzung wächst.

Auch der Islamismus bleibt eine große Herausforderung. Wir beobachten hier eine deutliche Zunahme gefährdungsrelevanter Sachverhalte. Terroristische Gruppierungen agieren hochprofessionell mit maßgeschneiderter Propaganda, die insbesondere online beschleunigte Radikalisierungsprozesse in Gang setzt.

Darüber hinaus haben Spionage und Sabotage wieder enorm an Bedeutung gewonnen. Klassische nachrichtendienstliche Ausforschung – etwa das gezielte Anwerben von Informanten oder das Ausspähen sensibler Informationen – findet ebenso statt wie moderne Cyberspionage. Hinzu kommen verdeckte Sabotageakte und Drohszenarien gegen Unternehmen und kritische Infrastrukturen, die unsere Wirtschaftskraft und Sicherheit unmittelbar betreffen. Autoritäre Staaten setzen dabei auf ein breites Arsenal: von Desinformationskampagnen bis hin zu operativen Eingriffen vor Ort, oft in Verbindung mit kriminellen Netzwerken.

Ein Schwerpunkt Ihrer Arbeit liegt auf der Prävention. Warum ist das so wichtig?

Prävention ist der Schlüssel zu nachhaltiger Sicherheit. Wir wollen nicht nur auf Gefahren reagieren, sondern sie so früh wie möglich erkennen und abwenden. Das heißt: Wir sensibilisieren Unternehmen für die Themen Wirtschaftsspionage und Cyberangriffe und klären die Gesellschaft über Extremismus und Radikalisierungsprozesse auf. Prävention bedeutet auch, Vertrauen aufzubauen. Denn nur, wenn wir als Ansprechpartner wahrgenommen werden, können wir effektiv schützen. Mein Wunsch ist es, dass unsere Arbeit zur Resilienz unserer Gesellschaft beiträgt – also zur Fähigkeit, Krisen und Bedrohungen standzuhalten.

Der Verfassungsschutz ist immer wieder Gegenstand kritischer Diskussionen. Wie begegnen Sie diesem Spannungsfeld?

Kritische Diskussionen gehören zu einer lebendigen Demokratie, und wir nehmen diese sehr ernst. Unsere Arbeit erfordert ein hohes Maß an Sensibilität, insbesondere, wenn es um den Schutz von Freiheitsrechten und den Eingriff in persönliche Sphären geht. Gesetzmäßiges Handeln ist für uns dabei essenziell. Aber auch Transparenz und Dialog sind wichtig: Wir informieren regelmäßig über unsere Arbeit und suchen den Austausch mit der

Gesellschaft. Gleichzeitig müssen wir das notwendige Maß an Vertraulichkeit wahren, um unsere Aufgaben effektiv erfüllen zu können.

Die Aufdeckung des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke waren Zäsuren, die auch uns tief bewegt haben. In beiden Fällen gab es in der Öffentlichkeit teilweise erhebliche Kritik an der Arbeit des Verfassungsschutzes. Aufgearbeitet wurden diese Geschehnisse jeweils in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen im Hessischen Landtag, deren Empfehlungen wir umfassend analysiert und Schritt für Schritt umgesetzt haben.

Wir wissen: Vertrauen muss man sich erarbeiten – jeden Tag aufs Neue. Entscheidend ist, dass wir aus Fehlern lernen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern in Hessen, die auf unsere Arbeit vertrauen, schuldig.

Wie sieht die Zukunft des Verfassungsschutzes aus? Welche Herausforderungen erwarten Sie?

Die Welt bleibt nicht stehen – und die Bedrohungslagen auch nicht.

Wir beobachten eine zunehmende Professionalisierung ausländischer Nachrichtendienste, insbesondere aus Russland. Ihr Vorgehen ist aggressiv, nutzt kriminelle Netzwerke und digitale Infrastruktur – etwa im Bereich der Cyberspionage.

Auch der internationale Terrorismus bleibt eine reale Bedrohung. Radikalisierung geschieht heute oft schnell und online – durch soziale Netzwerke und Algorithmen, die extremistische Inhalte verstärken.

Unsere Aufgabe ist es, technologisch Schritt zu halten, unsere Analysefähigkeiten zu stärken, unsere Methoden weiterzuentwickeln und die enge Zusammenarbeit mit Partnern im In- und Ausland sowie mit der Zivilgesellschaft zu intensivieren. Nur gemeinsam können wir diesen Herausforderungen begegnen.

Zum Abschluss: Was wünschen Sie sich für die nächsten 75 Jahre des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen?

Ich wünsche mir, dass wir als Gesellschaft auch künftig zusammenstehen und gemeinsam für unsere demokratischen Werte eintreten. Und ich wünsche dem Landesamt, dass es auch in Zukunft eine starke, verlässliche Säule für den Schutz unserer freiheitlichen Ordnung bleibt. Dass wir mit Professionalität, Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein auch künftig unseren Beitrag zu einem sicheren und lebenswerten Hessen leisten können.

3 FRAGEN ZU EXTREMISMUS IN SOZIALEN MEDIEN

Sie beschäftigen sich in Ihren Präventionsveranstaltungen zurzeit sehr intensiv mit dem Thema „Soziale Medien“. Warum?

Weil sich dort heute mitentscheidet, wie junge Menschen aufwachsen – und mit welchen Werten. Viele Jugendliche verbringen täglich Stunden auf TikTok, Instagram oder YouTube. Dort begegnen sie nicht nur Tanzvideos und Comedy, sondern leider auch extremistischen Inhalten. Diese Inhalte sind oft gut verpackt, emotional, unterhaltsam – aber gefährlich. Extremismus wirkt dort nicht wie ein Problem, sondern wie ein Trend.

Wie nutzen Extremisten das Internet und die sozialen Netzwerke?

Sie haben das Spiel mit der Aufmerksamkeit verstanden: kurze Videos, starke Bilder, provokante Aussagen – oft kombiniert mit Musik, Memes oder Alltagssituationen. So wird Rechtsextremismus oder Islamismus auf TikTok „normalisiert“, als wäre es nur ein weiterer Lifestyle. Besonders perfide ist, dass Jugendliche diese Inhalte oft sehen, ohne danach gesucht zu haben. Sie werden ihnen vom Algorithmus vorgeschlagen. Diese Social-Media-Algorithmen verstärken sich

dann von selbst. Schnell befinden sich Jugendliche in einer Blase, die beim Swipen nur noch extremistische Inhalte anzeigt. Soziale Medien können damit zu wahren Brandbeschleunigern der Radikalisierung werden. Insgesamt sprechen wir daher von einer „Tiktokisierung“ des Extremismus.

„Extremismus wirkt online nicht wie ein Problem, sondern wie ein Trend – genau das macht ihn so gefährlich.“

Wie können wir uns davor schützen?

Am wichtigsten ist: Medienkompetenz! Jugendliche müssen lernen zu hinterfragen, was sie online sehen – genauso wie Erwachsene. Wir gehen dafür in Schulen, führen Gespräche mit Klassen, Lehrkräften und Eltern. Wir zeigen, wie extremistische Inhalte aussehen, woran man sie erkennt und wie man sie melden kann. Gleichzeitig brauchen wir eine starke digitale Zivilgesellschaft. Das heißt Menschen, die sich auch online klar gegen Hass und für Demokratie positionieren. Denn eins ist klar: Die sozialen Netzwerke dürfen kein rechtsfreier Raum für Extremisten sein.

UNSIHTBARE ANGRIFFE

Wie der Verfassungsschutz vor Spionage, Sabotage und Desinformation schützt

Spionage, Desinformation und verdeckte Einflussnahme – die Bedrohungen für unsere Demokratie sind heute oft unsichtbar. Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen beobachtet diese Entwicklungen genau und stärkt damit die Widerstandsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Heute läuft Spionage oft digital: unbemerkt, global vernetzt und rund um die Uhr.

Fremde Staaten interessieren sich unter anderem für politische Entscheidungen, wirtschaftliches, technisches und wissenschaftliches Know-how oder gesellschaftliche Stimmungen. Ihre Werkzeuge sind dabei vielschichtig: von klassischer Ausforschung über Cyberangriffe bis hin zu Desinformationskampagnen. Gemeinsam bilden sie ein Geflecht sogenannter hybrider Bedrohungen.

Was das LfV Hessen konkret tut

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen ist nicht nur für die Beobachtung von Extremismus zuständig, sondern auch für den Schutz vor ausländischer Spionage und Einflussnahme.

Die Fachleute des LfV Hessen...

- analysieren Hinweise auf geheimdienstliche Agententätigkeit (zum Beispiel Spionage, Sabotage oder repressive Maßnahmen gegen aus dem Heimatland geflüchtete Oppositionelle),
- erkennen und bewerten Cyberangriffe auf Behörden, Unternehmen und kritische Infrastruktur,
- informieren über verdeckte Beeinflussungsversuche auf politische Debatten (zum Beispiel durch gezielte Falschinformationen, Social Bots oder Propaganda-Kampagnen),
- und beraten gezielt zum Schutz von Firmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt im Wirtschaftsschutz

Technologisches Know-how, Patente oder Fertigungsprozesse können Ziele von staatlich gesteuerter Ausspähung sein. Das LfV klärt über Risiken auf und zeigt Wege zum Schutz.

Der beste Schutz gegen solche Bedrohungen sind Aufklärung, technische Vorsorge und eine informierte Öffentlichkeit. Deshalb setzt das LfV Hessen neben der Analyse auch auf Prävention und Beratung.

3 FRAGEN ZU SPIONAGE

Spionage – das klingt nach James Bond und Kaltem Krieg. Welche Rolle spielt dieses Thema heute?

Das Klischee vom Agenten mit Sonnenbrille und Geheimwaffe hält sich hartnäckig, hat mit der Realität aber nur wenig zu tun. Spionage ist heute subtiler, technischer und global vernetzter.

Moderne Nachrichtendienste arbeiten oft mit digitalen Mitteln: Sie hacken sich in Systeme, spüren Unternehmen aus, sammeln Informationen über politische Entscheidungsprozesse oder Personen des öffentlichen Lebens. Häufig geschieht das aus dem Ausland.

Das Ziel bleibt das alte: Informationen gewinnen, Einfluss nehmen, eigene Interessen sichern. Aber die Methoden haben sich stark verändert.

In diesem Zusammenhang ist oft die Rede von „hybriden Bedrohungen“. Was ist darunter zu verstehen?

„Hybride Bedrohung“ ist ein Sammelbegriff für vielschichtige Angriffe, die klassische Grenzen überschreiten: zwischen Krieg und Frieden, zwischen zivil und militärisch, zwischen legal und illegal.

Dazu zählen Cyberangriffe, gezielte Desinformation, wirtschaftliche Erpressung oder politische Einflussnahme – oft orchestriert, langfristig geplant und schwer nachweisbar. Gerade autoritäre Staaten setzen solche Methoden gezielt ein, um Demokratien zu destabilisieren.

Ein Beispiel: Desinformationskampagnen. Sie verbreiten gezielt Falschinformationen – häufig in Krisenzeiten. Ziel ist es, die Bevölkerung zu verunsichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen oder demokratische Entscheidungen zu delegitimieren. Man kann sich das vorstellen wie eine „unsichtbare Front“, die sich durch Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zieht – mit realen Auswirkungen.

Was kann das LfV Hessen tun, um die Bürgerinnen und Bürger vor solchen Aktivitäten zu schützen?

Zunächst: Wir beobachten, analysieren und bewerten solche Aktivitäten – und informieren rechtzeitig die zuständigen Stellen. Wenn etwa Unternehmen Ziel eines Spionageangriffs werden oder politische Institutionen ins Visier geraten, dann werden wir aktiv.

„Spionage heute hat viele Gesichter – nicht nur das des klassischen Agenten.“

Ein zweiter Schwerpunkt betrifft die Aufklärung und Prävention. Wir bieten Behörden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gezielte Beratungen an: zu Cybersicherheit, Wirtschaftsschutz oder sicherem Verhalten im Ausland.

Und: Wir sprechen auch mit der Öffentlichkeit. Denn hybride Bedrohungen wirken oft über die Köpfe der Menschen – etwa durch Desinformationskampagnen. Aufklärung ist deshalb Teil unserer Sicherheitsstrategie.

Verfassungsschutz und Staatsschutz klingen ähnlich, haben aber unterschiedliche Aufgaben. Der Verfassungsschutz sammelt Informationen über Gefahren für die Demokratie und warnt frühzeitig. Der Staatsschutz gehört zur Polizei, die erst bei einer konkreten Gefahr zuständig ist. Er ermittelt, wenn Straftaten mit politischem oder terroristischem Hintergrund begangen werden.

INFO BOX

SIE SIND AUF DER SUCHE NACH EINEM SINNSTIFTENDEN BERUF?

Sie sind politisch interessiert und wollen für unsere Demokratie eintreten?

Agentenromane sind Ihr Hobby und Sie wollten schon immer einen Einblick in die Welt der Nachrichtendienste haben?

Das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen könnte genau der richtige regionale Arbeitgeber für Sie sein.

Wir suchen regelmäßig neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (m/w/d) für unser Team! Ob im Bereich der IT, der Sachbearbeitung oder in unserer Verwaltung – bei uns findet jede und jeder eine spannende Aufgabe.

Informationen zu offenen Stellen und Ausbildungsmöglichkeiten beim LfV Hessen finden Sie auf unserer Homepage:

www.verfassungsschutz.hessen.de



AM PULS DER ZEIT

Arbeiten beim LfV Hessen

„Wir arbeiten am Puls der Zeit.“ So hat es ein Kollege einmal formuliert – und treffender lässt sich die Arbeit im Landesamt für Verfassungsschutz Hessen kaum beschreiben. Denn die Themen, mit denen wir uns beschäftigen, spiegeln sich fast täglich in den Nachrichten: Anschläge mit islamistischer Motivation wie zuletzt in Mannheim oder Solingen, rechtsextremistische Übergriffe, Cyberangriffe auf kritische Einrichtungen oder gezielte Desinformationskampagnen – all das betrifft unmittelbar auch den Verfassungsschutz.

Ein Berufsfeld mit gesellschaftlicher Relevanz

Was genau tun die Menschen, die beim LfV arbeiten? Die Antwort ist so vielfältig wie die Belegschaft selbst.

Die Kolleginnen und Kollegen kommen aus ganz unterschiedlichen Fachrichtungen: Verwaltungswissenschaften, Politik- und Geschichtswissenschaften, Islamwissenschaften, Jura oder aus der IT-Welt, um nur einige zu nennen. Viele bringen ihr Wissen aus dem dualen Studium an der Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) mit.

Die Einsatzfelder sind breit:

In der Auswertung werden Entwicklungen extremistischer Szenen analysiert – von Ideologien über Netzwerke bis hin zu möglichen Anschlagsvorbereitungen. Hier werden auch nachrichtendienstliche Maßnahmen initiiert.

In der Observation gewinnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdeckt Informationen – unter strengen rechtlichen Vorgaben. Observation verlangt viel Fingerspitzengefühl, Geduld und manchmal auch lange Wartezeiten.

In der technischen Auswertung arbeiten Spezialistinnen und Spezialisten mit modernster Software und Fremdsprachenkenntnissen.

Im Präventionsbereich geht es um Vorträge, Schulungen und Beratung – zum Beispiel für Schulen oder Kommunen.

Verantwortung und rechtliche Klarheit

Nachrichtendienstliche Mittel dürfen nur unter hohen gesetzlichen Hürden eingesetzt werden: Es braucht einen klaren Extremismusbezug, eine Gefahrenprognose und strenge Verhältnismäßigkeit. Ziel ist nicht das Sammeln möglichst vieler Daten, sondern das frühzeitige Erkennen realer Bedrohungen für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ein Grundsatz gilt immer: Der Kernbereich privater Lebensführung ist tabu. Rein Privates geht den Verfassungsschutz nichts an.

Was im Netz passiert, betrifft uns alle

Viele Erkenntnisse stammen heute aus dem Internet. Extremisten wollen oft selbst sichtbar sein: auf Plattformen, in Foren, in Videos. Die Herausforderung liegt weniger im Zugang zu Informationen, sondern im Umgang mit ihrer schiereren Menge. Kein Nachrichtendienst kann alles im Blick haben. Entscheidend ist, die relevanten Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Deshalb setzt das LfV Hessen auch auf technische Innovation: Künstliche Intelligenz hilft, Muster zu erkennen, Daten zu sortieren und Zusammenhänge einzuordnen. Trotzdem gilt: Technik ersetzt nie das Gespür erfahrener Analytikerinnen und Analytiker.

Zusammenarbeit – über das Amt hinaus

Die Arbeit des LfV ist eingebettet in ein großes Netzwerk:

- Mit den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern im sogenannten Verfassungsschutzverbund
- Mit der Polizei (insbesondere dem Staatsschutz) in Hessen
- Und mit vielen zivilgesellschaftlichen Partnern wie Schulen, Kommunen oder Vereinen

Gerade dort, wo Radikalisierung früh beginnt, braucht es Aufklärung und Sensibilisierung. Lehrkräfte oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung erhalten vom LfV Hessen Informationen und Hinweise, die helfen, extremistischen Tendenzen rechtzeitig zu begegnen.

„Am Puls der Zeit“ – das ist beim LfV Hessen nicht nur ein geflügeltes Wort. Es ist Anspruch, Realität – und täglicher Auftrag.

DER WANDEL EINES GESETZES



Das Hessische Verfassungsschutzgesetz ist heute moderner, klarer und bürgerfreundlicher

Als das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 1951 gegründet wurde, war auch das dazugehörige Gesetz schnell geschrieben: fünf Paragraphen, rund eine halbe Seite lang. Es regelte lediglich die Einrichtung des Landesamts, ein paar Grundsätze – und überließ den Rest der Verwaltung. Damals war das üblich.

Heute wäre so ein Gesetz undenkbar. Das aktuelle Hessische Verfassungsschutzgesetz (HVSG) umfasst 35 Paragraphen, teils mit bis zu elf Absätzen, verteilt auf 17 Seiten. Und das aus gutem Grund: Die Anforderungen an Transparenz, Datenschutz und Rechtssicherheit sind heute deutlich höher. Und das ist richtig so.

Ein Gesetz, das schützt, nicht nur kontrolliert

Wer darf wann observieren? Welche Regeln gelten für den Einsatz von Vertrauenspersonen? Wie müssen personenbezogene Daten behandelt werden? All das ist heute detailliert im HVSG geregelt – für jede Bürgerin und jeden Bürger nachlesbar.

Das war nicht immer so: Erst in den 80er-Jahren begann eine umfassende Modernisierung, vor allem im Bereich Datenschutz. Heute sind alle Eingriffe an rechtliche Voraussetzungen gebunden. Das HVSG ist nicht nur ein Gesetz für den Staat, es ist auch ein Schutzgesetz für die Bürgerinnen und Bürger.

Rechtsklarheit, Transparenz und Kontrolle

Viele Neuerungen gehen auf Urteile des Bundesverfassungsgerichts zurück – etwa zum „Kernbereich privater Lebensgestaltung“, der besonders geschützt ist. Neu hinzugekommen ist der Richtervorbehalt: Bestimmte Maßnahmen des LfV Hessen müssen vorab von einem Gericht genehmigt werden. Zusammen mit der parlamentarischen Kontrolle durch den Landtag gibt es damit zwei Instanzen, die für Rechtssicherheit und Vertrauen sorgen.

Fazit: Ein Gesetz auf der Höhe der Zeit

Das heutige HVSG steht für einen modernen Nachrichtendienst: klar formuliert, bürgernah geregelt, mehrfach kontrolliert. Und genau das braucht es in einem Arbeitsfeld, das Vertrauen voraussetzt. Zugleich gilt: Der rechtliche Rahmen muss sich stetig weiterentwickeln, um den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch künftig auf Augenhöhe begegnen zu können – etwa im Hinblick auf den Einsatz moderner technischer Mittel.

Bestimmte Eingriffe des Staates in die Grundrechte sind so schwerwiegend, dass sie nur mit Zustimmung eines Gerichts erlaubt sind. Das nennt man Richtervorbehalt. Auch der Verfassungsschutz braucht für Maßnahmen wie zum Beispiel den Einsatz von Vertrauenspersonen zuvor eine richterliche Entscheidung. So wird sichergestellt, dass Grundrechte nicht leichtfertig eingeschränkt werden.

INFO BOX

DAS HERBSTGESPRÄCH



Dialog über Sicherheit und Freiheit

Seit fast drei Jahrzehnten lädt das LfV Hessen im Herbst zu einem besonderen Austausch ein: Das Herbstgespräch hat sich als Forum für den Dialog zwischen Sicherheitsbehörden, Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft etabliert. Es ist ein Ort, an dem aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden – offen, fundiert und konstruktiv. Das Herbstgespräch ist eine Podiumsdiskussion, bei der vier bis fünf Gäste unter der Leitung eines Moderators ein verfassungsschutzrelevantes Thema erörtern.

Ein Forum für die Demokratie

Das erste Herbstgespräch fand 1996 unter dem Titel „Verfassungsschutz im Wandel“ statt. Ziel war und ist es, ein tieferes Verständnis für die Arbeit des Verfassungsschutzes zu schaffen und die Diskussion über Sicherheit und Freiheit zu fördern. Bis zu 300 geladene Gäste kommen jedes Jahr zusammen, um aktuelle Herausforderungen zu erörtern – ob Rechtsextremismus, Islamismus, Spionage oder Desinformation im digitalen Raum. Die Themen spiegeln die sicherheitspolitischen Herausforderungen der jeweiligen Zeit wider.

Ein Format mit Tradition und Zukunft

Das Herbstgespräch ist aber mehr als eine Podiumsveranstaltung. Es ist ein Zeichen für die Dia-

logbereitschaft einer Sicherheitsbehörde in einer offenen Gesellschaft. Denn der Schutz der Verfassung lebt vom Vertrauen der Menschen – und Vertrauen entsteht im Gespräch.

Im Laufe der Jahre ist das Herbstgespräch zu einer festen Größe im sicherheitspolitischen Kalender Hessens geworden. Es lädt dazu ein, über den Tellerrand zu blicken und gemeinsam Antworten auf komplexe Bedrohungen zu finden – mit Respekt, Fachlichkeit und dem Bewusstsein für die Werte, die unser Zusammenleben tragen. Auch in der Zukunft werden wir spannende Themen und anregende Diskussionen erleben, wenn die Blätter bunt werden, der Herbst Einzug hält und das LfV Hessen zu seinem Herbstgespräch einlädt.

Neue Wege der Kommunikation:

DAS LfV HESSEN AUF INSTAGRAM



Mit dem Kanal @verfassungsschutz.hessen ist das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen seit Februar 2026 auch auf Instagram vertreten. Damit baut das LfV seine digitale Kommunikation weiter aus und informiert die Öffentlichkeit auch über soziale Medien zu Aufgaben, Entwicklungen und aktuellen Themen.

Der Schritt trägt veränderten Kommunikationsgewohnheiten Rechnung. Diskussionen über Extremismus, Desinformation und demokratische Werte finden heute zunehmend im digitalen Raum statt. Besonders junge Menschen informieren sich überwiegend mobil und über visuelle Inhalte. Für das LfV Hessen ist es daher wichtig, auch dort präsent zu sein, wo gesellschaftliche Debatten geführt werden.

Der Instagram-Kanal informiert über die Arbeit des Verfassungsschutzes, bereitet Inhalte auf und trägt dazu bei, das Bewusstsein für Bedrohungen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu stärken. Im Fokus stehen dabei insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, die soziale Medien intensiv nutzen.

Mit dieser digitalen Präsenz knüpft das LfV Hessen an eine Entwicklung an, die inzwischen von zahlreichen Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern verfolgt wird: eine sachliche, transparente und verständliche Information der Öffentlichkeit. Ein Anliegen, das die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen seit nunmehr 75 Jahren begleitet.



VERFASSUNGSSCHUTZ ZUM ANFASSEN

DAS LfV AUF DEM HESSENTAG

Welche Gruppen gelten als extremistisch? Wie erkennt man Radikalisierung im Klassenraum? Und was darf der Verfassungsschutz eigentlich genau? Auf dem Hessestag sind genau solche Fragen willkommen – und werden direkt beantwortet.

Nahbar und im Gespräch

Wer auf dem Hessestag am Informationsstand des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen stehenbleibt, merkt schnell: Hier geht es nicht um Verschllossenheit – sondern um Offenheit, Gesprächsbereitschaft und Information. Kolleginnen und Kollegen aus dem LfV Hessen stehen den Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort – direkt, verständlich und auf Augenhöhe.

Ziel ist es, Verständnis für die Aufgaben des Verfassungsschutzes zu schaffen und gleichzeitig zuzuhören: Was bewegt die Menschen? Welche Sorgen gibt es im Alltag – etwa im Schulumfeld oder in der Kommunalpolitik? Was wird unter Extremismus verstanden und wie kann man ihm begegnen?

Bühne für Sicherheitsthemen

Neben dem Stand beteiligt sich das LfV Hessen auch mit zwei Bühnenveranstaltungen im Hesseforum. Dort geht es um aktuelle sicherheitspolitische Themen – etwa um Radikalisierungstendenzen im Netz, den Umgang mit verschwörungsideologischen Milieus oder Formen des politischen Extremismus. Fachleute aus dem Landesamt und externe Gäste diskutieren mit dem Publikum – offen, verständlich, nah an der Lebensrealität.

Vertrauen durch Dialog

Die Präsenz auf dem Hessestag ist Teil eines klaren Weges: Weg vom Bild des abgeschotteten „Geheimdienstes“ – hin zum nahbaren Ansprechpartner für alle. Denn die Sicherheit unserer Demokratie lebt vom Vertrauen der Menschen. Dieses Vertrauen entsteht im Dialog. Und manchmal beginnt er einfach mit einer ganz einfachen Frage – gestellt am Infostand, mitten im Trubel des Hessestags.



DER JAHRESBERICHT

Einblicke, Erkenntnisse, Einordnung

Einst war der Verfassungsschutz eine stille Behörde. Heute informiert er die Öffentlichkeit regelmäßig – mit einem Jahresbericht, der nicht nur Zahlen liefert, sondern Haltung zeigt.

Vom Schweigen zur Aufklärung

In den ersten Jahren nach seiner Gründung arbeitete das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen weitgehend im Verborgenen. Der gesetzliche Auftrag wurde erfüllt – aber ohne größere Öffentlichkeit. Erst in den 60er Jahren setzte ein Umdenken ein. Der Grundgedanke: Demokratie lebt vom informierten Bürger – und Verfassungsschutz braucht Vertrauen.

Hessen übernahm dabei früh eine Vorreiterrolle. Bereits 1968/69 wurde im Innenministerium ein eigenes Referat für Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet, das ab 1973 „Referat für informativen Verfassungsschutz“ hieß. Ziel war es, die Arbeit der Behörde verständlich zu machen und zur Auseinandersetzung mit extremistischen Bedrohungen beizutragen.

Ein Bericht wird zur Marke

Mit der Veröffentlichung von Jahresberichten begann eine neue Phase der Transparenz. Was früher undenkbar war – ein Nachrichtendienst spricht öffentlich über seine Einschätzungen – ist heute ein selbstverständlicher Teil der wehrhaften Demokratie. Der Jahresbericht des LfV Hessen ist dabei mehr als nur eine Aufzählung von Zahlen und Organisationen. Er ist Analyse, Frühwarnsystem und Einladung zum Dialog – verständlich geschrieben, grafisch aufbereitet und öffentlich zugänglich.

Eine kleine Zeitreise

Wer einen Blick auf die Titelbilder der vergangenen Jahrzehnte wirft, sieht nicht nur die Entwicklung eines Berichts – sondern auch den Wandel des Selbstverständnisses. Vom nüchternen Deckblatt der Anfangsjahre bis hin zu den heutigen, farbig gestalteten Ausgaben: Der Jahresbericht ist längst ein Aushängeschild des modernen Verfassungsschutzes in Hessen. Genießen Sie eine kleine Zeitreise in der Titelbilder-Galerie!



Viel Spaß bei der GEHEIMSACHE GEHIRNZELLE!

GEHEIMSACHE GEHIRNZELLE

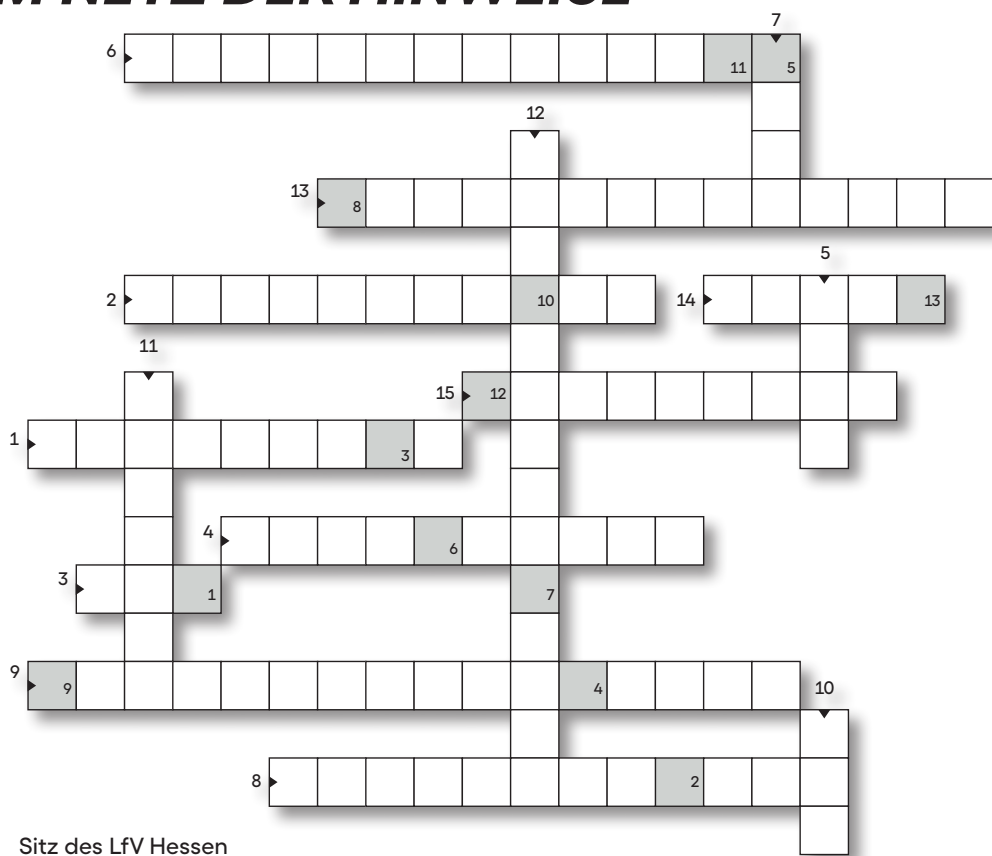
Rätseln mit dem LfV Hessen

Zum 75-jährigen Bestehen des LfV Hessen laden wir Sie ein auf eine nachrichtendienstliche Mission der besonderen Art: drei Rätsel, drei Codes, drei Herausforderungen. Nur wer Schlussfolgerungsgabe, Kombinationsgeschick und ein scharfes Auge mitbringt, kann die Mission erfolgreich abschließen.

Ihre Aufgabe: Entschlüsseln Sie in drei verschiedenen Missionen drei Begriffe, die zusammengenommen essenziell für die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen stehen.

MISSION 1

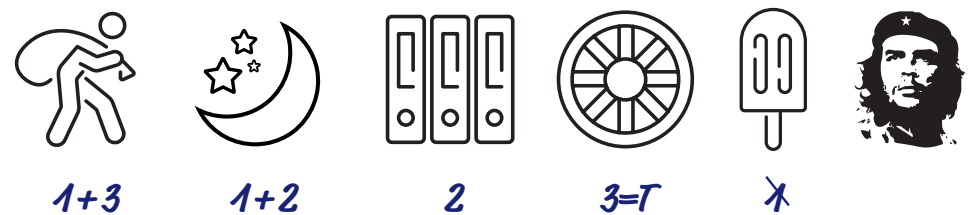
IM NETZ DER HINWEISE



- Sitz des LfV Hessen
- Nachrichtendienstliches Mittel
- Ehemalige linksextremistische Terrororganisation
- Arbeitsbereich des LfV Hessen, der Informationen analysiert
- Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle im LfV Hessen (Abkürzung)
- Jährliche Podiumsdiskussion des LfV Hessen
- Hier sind die gesetzlichen Grundlagen des LfV Hessen niedergelegt (Abkürzung)
- Behaupten häufig, das Deutsche Reich existiere fort, und sehen sich selbst nicht als Bürger der Bundesrepublik
- Autonome Gruppierungen und Anarchisten gehören zu diesem Phänomenbereich
- 1952 verbotene rechtsextremistische Partei (Abkürzung)
- Gegenwärtiger Präsident des LfV Hessen (Nachname)
- Eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann
- Besagt, dass Polizei und Verfassungsschutz nicht vermischt werden dürfen
- Strategie der „Neuen Rechten“: Kampf um die ...
- Hier ist das LfV Hessen jährlich mit einem Stand vertreten

MISSION 2

AUGEN AUF!



Sechs Bilder – und jedes enthält einen Hinweis auf Buchstaben oder Silben. Wer scharf kombiniert, entdeckt ein Wort, das für die Arbeit des Verfassungsschutzes von zentraler Bedeutung ist. Sie brauchen ein gutes Auge, ein waches Hirn und etwas Sprachgefühl.

MISSION 3

DIE VERSCHLÜSSELTE WAHRHEIT

Die Caesar-Chiffre ist ein einfaches Verfahren, um Texte zu verschlüsseln. Jeder Buchstabe wird dabei im Alphabet um eine feste Zahl verschoben – oft um drei Stellen. Aus A wird dann D, aus B wird E und so weiter. Wer den Schlüssel kennt, kann den Text zurückverschieben und die Nachricht lesen. Ein Beispiel: Das Wort LfV wird mit einer Verschiebung um drei zu OIY.

codierten Worts verschoben? Wenn es doch nur eine Zahl gäbe, die in dieser Jubiläumsschrift eine besonders hervorgehobene Rolle spielen würde...

Codewort:
Juxqgrugxqj

Hilfsalphabet:

A-B-C-D-E-F-G-H-I-J-K-L-M-N-O-P-Q-R-S-T-U-V-W-X-Y-Z

Hier handelt es sich um ein Krypto-Rätsel mit einem Caesar-Chiffre. Die Frage ist nur: Um wieviele Stellen sind die Buchstaben des

Na, haben Sie das Lösungswort gefunden? Falls nicht, schlagen Sie doch einfach im Hessischen Verfassungsschutzgesetz nach, dort finden Sie die gesuchten Begriffe zum Beispiel in § 2, Absatz 2, Satz 1 als fünftes, sechstes und siebtes Wort. Oder folgen Sie diesem QR-Code:



Herausgeber:

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, Konrad-Adenauer-Ring 49, 65187 Wiesbaden
Internet: www.verfassungsschutz.hessen.de